

17 FEB



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0866890

R/XV/40 - 17. Februar 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seiten:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Unfreiwillige Hilfe für Zensurpropaganda Documenten-Center in Berlin - Verweigerte Visa für Zensurpropaganda-Funktionäre	48
2	Belgrad und der Vatikan Nach dem Tode des Kardinals Stepinac Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Harry Schlieker	46
3	Scharfe Töne aus Warschau Zur außerpolitischen Debatte in Sejn	28
5	"Der Nachbar von drüben" Eine bemerkenswerte Initiative des "Lübecker Kongress"	19
4	Rückgabe deutscher Grenzgebiete Deutsch - niederländischer Vertrag Unterzeichnungstermin	54
5 - 7	Einernfang mit Schwarz-Weiß-Fot DRP-Messen wird aktiv Eine politische Reportage von Heinrich Klein, Frankfurt	127

17. Februar 1960

Unfreiwillige Hilfe für Zonenpropaganda

Documenten-Center Berlin - Verweigerte Visa für Sportfunktionäre

sp - Sicher unfreiwillig haben offizielle amerikanische Stellen in jüngster Zeit der sowjetischen Propaganda gegen den Westen zweimal in einer Weise Vorschub geleistet, die nicht mehr zu verstehen ist.

Die Weigerung, deutschen oder nichtdeutschen Journalisten Einsicht in das amerikanische Documenten-Center in Berlin mit den Unterlagen ehemaliger Nationalsozialisten zu geben, wurde im Osten als der "Beweis für die Angst vor der Kompromittierung westdeutscher hochstehender Persönlichkeit" gewertet. Hierbei wurde von ostzonaler Seite besonders auf Oberländer gezielt, der du ch di. Weigerung angeblich gedeckt werden soll, "um Adenauer nicht wehe zu tun".

Mit diesen Argumenten hat die ostzonale Presse sicher viele ihrer Leser zu Zweifeln an der Integrität der Amerikaner und der Regierung in Bonn angeregt. Berichte aus der Zone zeigen deutlich, daß an diesem Punkt der SED-Propaganda der Einbruch geglückt zu sein scheint, zumal in Versammlungen von kommunistischen Funktionären stets darauf hingewiesen wird, das amerikanische Documenten-Center werde auf Wunsch der Bonner Regierung wie ein Schalknis gehütet.

Der zweite Fall unfreiwilliger Propaganda gegen den Westen ist die Verweigerung des Einreisevisums durch das amerikanische Außenministerium für einige Zonenjournalisten und Funktionäre des Zonensports zu den Olympischen Winterspielen in Squaw Valley. Die ostzonale Presse hat diesen ihr von den Amerikanern zugeworfenen "Ball" natürlich aufgefangen und polemisiert jetzt gegen den "unfreien Westen". Was die Zonenpresse bisher nie erreicht hat, nämlich die Übereinstimmung zwischen Zonenfunktionären und der Bevölkerung herzustellen, dürfte in diesem Falle gelungen sein. Natürlich weiß jeder in der Zone, daß die SED-Funktionäre immer bemüht sind, dem Sport politische Akzente zu geben. Nachdem jedoch erreicht werden konnte, daß eine gesamtdeutsche Mannschaft auf der Olympiade in Zeichen der schwarz-rot-goldenen Fahne mit den fünf Olympieringen auftreten würde, war von der Zonenbevölkerung der Verzicht Pankows auf das Hissen der Spalterflagge als Niederlage der Zonenregierung gewertet worden. Durch die Verweigerung der Visa für ostzonale Sportfunktionäre wird nunmehr der Zonenpresse Gelegenheit geboten, den Spieß umzudrehen und die glaubwürdig klingende Behauptung aufzustellen, es sei der Westen, der den Sport politisiere. Ein Blick in die ostzonale Presse genügt, um zu ermessen, mit welcher Methoden dort die Visaverweigerung ausgeschlachtet wird. Wenn man berücksichtigt, wie gering die Informationsmöglichkeiten der ostzonalen Bevölkerung sind, kann man sich vorstellen, welche Wirkungen dadurch erzielt werden.

Im übrigen aber ist die amerikanische Maßnahme schon deswegen unverständlich, weil ja die DDR-Presse die Berichterstattung über die sportlichen Ereignisse in Squaw Valley ausgiebig in Zusammenarbeit mit der Presse der übrigen Ostblockländer organisieren kann.

So betrachtet, kann man die Maßnahmen der amerikanischen Behörden - die Weigerung, Einsicht in die Unterlagen des Documenten-Center in Berlin zu geben und die Visasperre - nicht verstehen. Es scheint sich hier um bürokratische Anweisungen zu handeln, deren politische Bedeutung nicht überlegt wurde.

+ + +

Belgrad und der Vatikan

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Szekleicher

Die Frage nach den zukünftigen Beziehungen zwischen Jugoslawien und dem Vatikan, bereits in den letzten Wochen durch eine Anzahl von Prozessen gegen katholische Geistliche in das politische Rampenlicht gerückt, hat mit dem Tode des in Hausarrest befindlichen, 1946 zu 16 Jahren Freiheitsstrafe wegen Kollaboration mit der faschistischen Paveliceregierung verurteilten Kardinals und Erzbischofs von Zagreb, Stepinac, eine neue Wendung erhalten. Allein die im letzten Augenblick geänderte Entscheidung, Stepinac nicht, wie ursprünglich angeordnet, in seinem Geburts- und Sterbedorf Krasic, sondern unter Erweisung aller kirchlichen Ehren in der Zagreber Kathedrale beizusetzen - wofür manche politische Beobachter Staatschef Tito verantwortlich halten - illustriert den Zwispalt, in dem sich das offizielle Belgrad gegenüber dem Vatikan befindet.

Freilich dürfte es zu weit gehen, den Ausspruch eines jugoslawischer Offiziellen, der als Privatmeinung das Licht der Welt erblickte, die Zagreber Kathedralbestattung sei eine nachträgliche Rehabilitierung Stepinacs, als repräsentative Regierungsmeinung zu werten. Die Tatsache, daß die orthodoxe Kirche Serbiens keinen Vertreter zu den Trauerfeierlichkeiten entsandt hat, ist bezeichnend für die Einstellung eines Großteils der jugoslawischen Bevölkerung gegenüber Stepinac. Unabhängig von der strafrechtlichen Schuld des Erzbischofs an den während des zweiten Weltkrieges durchgeführten Zwangstaufen der orthodoxen Serben, die für zehntausende von Taufunwilligen mit dem Tode endeten, bleibt die moralische Schuld sowohl Stepinacs als auch der katholischen Kirche bestehen, die sich niemals öffentlich von den brudermörderischen Vorgängen in Pavelickroatien distanziert haben.

Trotzdem hat der Tod des Kardinals das "Kardinalproblem" in den gestörten Beziehungen, jugoslawischer Staat - katholische Kirche, bereits zweieinhalb Jahre vor dem Eintreten einer neuen Konfliktsituation bereinigt. Der Anspruch des Erzbischofs, sein Amt in Zagreb nach seiner Haftentlassung wieder auszuüben, was ihm von offiziellen Stellen streitig gemacht wurde, wird nicht mehr gestellt werden.

Diese bedeutende Wendung zum theoretisch möglichen Besseren, durch die abgelaufenen Prozesse eine zeitlang stark in Frage gestellt, wird noch durch ein anderes Ereignis gestützt. Einen Tag vor dem Ableben Stepinacs nahm der Belgrader Erzbischof Dr. Ujicie den "Volksverdienstorden 1. Klasse" in Empfang, wobei von beiden Seiten recht ermutigende Worte für die Zukunft gesprochen worden sind. Manche politische Beobachter wollen wissen, es sei der Intervention des Belgrader Erzbischofs zu danken, daß ein katholisches Priesterseminar, das kürzlich im Mittelpunkt eines Prozesses in Ostjick gestanden hat, nicht geschlossen worden ist. Gleichviel, die noch sehr jungen Beobachtungen um eine ernste Verschlechterung des Verhältnisses Jugoslawien - Vatikan haben sich über den Grab Stepinacs etwas verflüchtigt.

Scharfe Töne aus Warschau

sp - Fast die Hälfte der Rede, die der polnische Außenminister Rapacki im polnischen Parlament hielt, galt der Bundesrepublik. Sie war mit heftigen Angriffen, scharfen Polemiken und bitterbösen Ausfällen gegen die Politik Bonn gefüllt. So scharfe Töne hat man aus der polnischen Hauptstadt schon lange nicht vernommen. Sie sind wohl der Niederschlag einer grenzenlosen Enttäuschung über den Fehlschlag aller polnischen Bemühungen, so etwas wie eine eigene außenpolitische Initiative in Europa zu entwickeln. Die Idee Rapackis, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu bilden, ist aus der internationalen Diskussion beinahe verschwunden. Bei den führenden westlichen Politikern, soweit sie Regierungsverantwortung tragen, fand sie kein Gehör, ja, sie stieß auf offene Ablehnung. Dennoch ist Rapacki bereit, auf Atomwaffen zu verzichten, wenn Bonn dasselbe tut. Rapacki lotte jetzt de Gaulle, obwohl dieser durch seinen erzwungenen Eintritt in den "Atom-Club" dem Weg zu einer Abrüstung im Weltmaßstab mit neuen Schwierigkeiten belegte, - aber dafür, daß sich de Gaulle für die Oder/Weißer-Linie aussprach, fand er in Warschau Absolution ... Der polnische Außenminister setzt heute alle Hoffnungen auf den Staat Ulbrichts als Wächter gegen eine "aggressive" Politik der Bundesrepublik. Das mag früher nicht immer der Fall gewesen sein. Daß der Herr von Parkow heute gegen die Bundesrepublik eine Sprache führt, die sich in Haß überschlägt, daß Ulbricht seinerseits alles tut, die innerdeutschen Spannungen zu verschärfen, wird heute in Warschau überschauen. Es pflegt ein verzerrtes mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmendes Deutschlandbild. Frei von Schuld an diesem betrüblichen Zustand kann sich das offizielle Bonn freilich auch nicht sprechen. Die ständige Verweigerung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Warschau - Fessel der Hallstein-Doktrin - bleibt nicht ohne schwerwiegende Folgen. Wo Bonn fehlt, kann Ulbricht leicht den Porfall angeben.

- + +

"Der Nachbar von drüben"

sp - Nach der Instandsetzung der Eisenbahngleise am Zonengrenzpunkt Lübeck-Rickholz legt man im Raum der Kreisstadt Lübeck wieder die Hoffnung, daß sich im März die seit 1951 geschlossenen Schlagbäume zu den Nachbarn in Mecklenburg wieder öffnen werden. In Lübeck erwartet man, daß in absehbarer Zeit wieder alte Beziehungen zwischen "hüben und drüber" angeknüpft werden können. Deshalb hat der "Lübecker Morgen", die in Lübeck erscheinende Zeitung, eine bemerkenswerte Initiative ergriffen. Unter dem Titel "Der Nachbar von drüben" bringt sie seit dem vergangenen Wochenende Sonderseiten, auf denen das Leben in der Zone in sachlicher Form dargestellt wird. Hauptsächlich werden Leschrufe und Berichte aus sowjetzonalen Zeitungen ohne Kommentar veröffentlicht. - Das ist eine bemerkenswerte Initiative. Sie bietet den Lesern des "Lübecker Morgen" Gelegenheit, sich schon jetzt auf die Gedankenwelt und die Lebensumstände der Menschen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft einzustellen. In den vergangenen neun Jahren hat sich das Leben "hüben und drüben" unter sehr unterschiedlichen Voraussetzungen entwickelt. Oft konnten nicht einmal mehr familiäre Beziehungen aufrechterhalten werden. Wenn sich jetzt wieder die Schlagbäume öffnen, wird es gut sein, mehr voneinander zu wissen, als dies in der jüngsten Vergangenheit möglich war.

+ + +

Rückgabe deutscher Grenzgebiete

Str. - Von den Niederlanden verwaltete deutsche Grenzgebiete, in denen etwa 12 000 Deutsche wohnen, werden wieder der Hoheit der Bundesrepublik unterstellt. An Schadenersatzforderungen zählt die Bundesrepublik 275 Millionen Mark an die Niederlande. Darin sind Ersatzforderungen für Wertpapiere und Wiedergutmachungsbeträge für Schäden während der Zeit der deutschen Besetzung des Landes erhalten. Die Grenze an der Emsmündung wird nicht geändert, jedoch wird eine gemeinsame deutsch-niederländische Kommission für eine ungehinderte niederländische Schifffahrt sorgen. Diese Abmachung bezieht sich insbesondere auf die Freikhaltung der Fahrrinne der Emsmündung zum Hafen Läden und dem niederländischen Hafen Delfzijl.

Wenn die Verträge im März oder April dieses Jahres unterzeichnet werden, so geschieht dieser Akt internationalen Rechts gerade in den Wochen, in denen vor elf Jahren niederländische Militärpolizisten der "Maroonassee" mit ihren weißen amerikanischen Helmen die deutschen Gebiete besetzten. Die Forderung der Niederlande auf deutsches Territorium ist einige Monate nach der Kapitulation 1945 zum erstenmal erhoben worden. Es ging unseren Nachbarn im Lande der Gerechten nicht so sehr um die Erweiterung ihres Landes schlechthin, sondern um Schadenersatz für die von den deutschen Truppen überschwemmten Poldergebiete. Niederländische Wasserbauingenieure hatten das Land dem Meer abgerungen. Fruchtbare Acker und moderne Häfen versanken damals in den Fluten der Nordsee. Im Laufe der Jahre jedoch, wohl auch unter dem Einfluss von London und Washington, schraubten die Niederlande ihre Forderungen zurück. Sie verlangten die Verwaltung über bestimmte Grenzgebiete.

Im April 1949 rückten die königlichen Militärpolizisten in Elten bei Emmerich ein. Ein weiteres, verhältnismäßig großes Gebiet, das besetzt wurde, war der Seilkant in der Nähe von Aachen. Kleinere Landstriche wie Wyler am Niederrhein und Süderwick im Kreise Borken kamen ebenfalls unter die Verwaltung unseres Nachbarn. In Elten und im Seilkant folgten den Truppen die holländischen Landdrosten, Verwaltungsbeamte, die bis heute direkt dem Innenministerium in Den Haag unterstellt blieben. Beide deutschen Gebiete wurden nicht den regionalen Administrationen unterstellt. Damit wollten die Niederlande den provisorischen Charakter der "Annektion", die rechtlich ja keine war, unterstreichen.

Die Investitionen von holländischer Seite in diesen Gebieten hielten sich bis jetzt im Rahmen des Notwendigen. Es wäre allerdings unbillig, wollte man behaupten, daß das "Notwendige" auf die geringsten Lebensbedürfnisse beschränkt gewesen wäre. Wer heute z.B. durch Elten wandert, findet schmucke, von den Holländern errichtete Wohnsiedlungen. Die deutschen Kommunalbehörden werden allerdings einige Mittel für den Straßenbau zu investieren haben.

Der sozialdemokratische Landdrost von Elten, der 1949 mit den Panzerschützen der Militärpolizei einzog, sah nicht das Regiment eines Besetzers geführt. Im Gegenteil, die Bevölkerung von Elten hat ein gutes Verhältnis zu ihm, und dem deutschen Gemeinderat von Elten ist er ein verständnisvoller Vorsitzender gewesen.

Sein Kollege im Seilkant sorgte ebenfalls für ein gutes Nachbarschaftsverhältnis, denn jenseits der Grenze wußte man zu gut, daß man deutsches Gebiet provisorisch verwaltete.

Bis jetzt ist noch nicht bekannt geworden, was man zwischen Bonn und Den Haag über Süderwick und Wyler vereinbart hat. Beide Gemeinden wurden 1949 "durchgeschrieben". Sicher ist jedoch, daß sie jetzt wieder vereinigt werden.

Bauernfang mit Schwarz-Weiß-Rot

DRP-Hessen wird aktiv

Eine politische Reportage von Heinrich Klein

"Ab 13,00 Uhr Marschmusik", kündigten die Plakate an. Aus dem Lautsprecher dröhnen die "AlterKameraden", der "Hohenfriedberger" und der "Marsch von der Flagge Schwarz-Weiß-Rot". Mein Gegenüber klopft den Takt auf dem Tisch mit. "Das ist doch etwas Peines, diese Märsche. Wissen Sie, ich war nämlich früher Militärmusiker. Schade, daß wir den einen noch nicht spielen dürfen", sagte er und lächelt verschmitzt. "Ich meine den Baderweiler". Ein und eine halbe Stunde hört man in dem kleinen Saal Märsche. Langsam werden die Stühle an den Tischen mit den schwarz-weiß-roten Wimpeln besetzt. In dem gefüllten Saal mögen schließlich 200 Besucher sein.

Ort der Handlung ist Reinheim im Odenwald, ein Städtchen mit rund 4 000 Einwohnern, 25 km von Darmstadt entfernt. Die Deutsche Reichspartei Hessens hatte am Vormittag unter Ausschluß der Öffentlichkeit ihren Landesparteitag abgehalten. Am Nachmittag veranstaltete sie ihren ersten "Landesbauerntag."

Alte Töne auf neuen Platten

Der wiedergewählte Landesvorsitzende, Gustav Stürtz aus Frankfurt/M., "knüpft" sich seinen Betrachtungen zur Landespolitik einige hessische Politiker vor. Dem Landesvorsitzenden der hessischen CDU, Dr. Wilhelm Fay, wird geraten, seinen Wunsch, die DRP auch in Hessen zu verbieten, endlich aufzugeben. Viel wichtiger sei es, daß Fay "seine Nase in der Juderkommentar seines Parteifreundes Globke stecke". Der Beifall, der durch den Saal dröhrt, gibt dem Kamerad Stürtz Gelegenheit, sich einem neuen Opfer zuzuwenden: Seit seinem Amtsantritt habe der hessische Kultusminister Prof. Dr. Ernst Schütte, "für den die deutsche Geschichte erst mit dem Jahre 1918 beginnt", eine große Betriebsamkeit entfaltet. Der Herr Schütte ist auch nach Meinung des Landesvorsitzenden verantwortlich für die Spielplangestaltung der hessischen Theater. Die Intendanten Buckwitz in Frankfurt/M. und Sellner in Darmstadt bringen nur "Problemstücke ausländischer Autoren und ein klassisches deutsches Stück nur einmal an Weihnachten". Der einzige deutsche Theaterdichter, der für die Frankfurter Bühne infrage käme, sei Bertolt Brecht. So entwickle sich das deutsche Theater zur "Brutstätte bolschewistischer Kulturpropaganda".

Auch die Kunst, die das Land Hessen und die Stadt Kassel besonders mit der Ausstellung "documenta" fördern, mißfällt Herrn Stürtz. Man könnte meinen, man sei in einem Irrenhaus, wenn man durch die "documenta II" geht. "Es stinkt zur Himmel, daß diese Kunst auch noch zur Ausschmückung von Behördenräumen gekauft wird. Hoffentlich macht der Landesrechnungshof die Beamten, die so leichtfertig mit Steuergeldern umgehen, regreppflichtig".

"Nationale Agrarpolitik"

Die Zuhörer feixen. Sie freuen sich, daß ihr Landesvorsitzender es "denen da oben" so schön gibt. Aussehen und Kleidung der Zuhörer lassen darauf schließen, daß es sich zu einem guten Teil um 131er-Beamte handelt, die heute ihre politische Heimat in der DRP gefunden haben. Aber der Beifall kommt auch von harten schwierigen Händen. Es sind Männer in grünen Ledern, die - wie es die Autoschilder vor dem Tagungslokal verraten - aus allen Teilen Hessens gekommen sind. Für diese Besucher ist vor allen Dingen das zweite Referat des Tages gedacht. Conrad Lüddecke-Stielau, Bauer in Bettmar, Mitglied des Braunschweiger Kreistages und Agrarreferent der Deutschen Reichspartei für Niedersachsen, spricht, wie eine Zeitungsanzeige mitteilte, über "Nationale Agrarpolitik - eine öffentliche Anklage". Er wettert gegen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die es dem deutschen Bauern unmöglich mache, einen kostendeckenden Preis zu verlangen. Dabei müsse doch für die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes die Landwirtschaft krisenfest gemacht werden, um das deutsche Volk auch dann zu sättigen, "wenn einmal die Schiffe aus dem Ausland ausbleiben".

"Literatur"

Die Marschmusik, die wieder zwanzig Minuten lang durch den Saal dröhnt, vertreibt den Chronisten von seinem Platz. Am Sasleingang kann er sich mit Schriften der DRP eindecken. Aus dem Plesse-Verlag werden die beiden handsignierten Bücher des DRP-Starredners, Oberst Büdel, "Zwischen Deutschland und Argentinien" und "Aus Krieg und Frieden" angeboten. Daneben findet sich eine Schrift von Hans Grimm und zwei Bändchen von Lothar Creil, "Die Wahrheit über Malmedy" und "Die Mäe von Marzabotto".

Ehrenmitgliedschaft für Dufkues

Immer der Versammlungsleiter die Pausen verkündet, meldet sich noch ein strammer DRPler aus dem Saal zu Wort. Die Parteileitung möge doch den nordrhein-westfälischen Innenminister Dufkues die Ehrenmitgliedschaft der DRP antragen als Dank für die Propaganda, die er seit Weihnachten für die Reichspartei gemacht habe. Der Erste stellvertretende Vorsitzende der DRP, Otto Hess, Hannover, der das Abschlußreferat hält und der laut offiziellem Kommuniqué von den Versammler mit stürmischem Beifall begrüßt wird, greift diesen Gag auf. Aber Otto Hess findet den Anlaß für die Aktivität des Innenministers zu tragisch. Ganz Deutschland habe an Ansehen eingebüßt durch die Schmiererei von Köln. Und die beiden Kölner, Strunk und Schöner, hätten der DRP besser nie angehört. Hess verbreitet sich über die Vorgänge von Köln, nennt die beiden ehemaligen DRP-Mitglieder pueril (knabenhaft) und ihre Tat ein Verbrechen an Deutschland. Von den sechs Millionen in Deutschland ungebrauchten Juden fällt kein Wort. Dafür weiß Hess aber, daß die Kölner Verfallene und alles, was danach kam, "viel in den Kraut parste". Vor al-

len den Amerikanern, die nunmehr das in den USA beschlagnahmte deutsche Vermögen nicht zurückgeben wollen.

Hess gibt sich "demokratisch"

Hess kommt nicht los von den Attacken der deutschen Presse und der Politiker gegen die DRP. Man merkt, daß ihm das Verbot seiner Partei in Rheinland-Pfalz noch in den Gliedern steckt. Und so gibt er sich in Reinheim auch betont demokratisch, unterstreicht die Harmlosigkeit, die Grundgesetztreue und die Duldsamkeit der Reichspartei. Gefahren, die der DRP drohen, könnten nur aus den eigenen Reihen kommen, denn "wir haben die Antennen ausgefahren für die Kurzwellen der neuen Zeit, und diese Antennen ziehen auch unsichere und unruhige Geister an". Zu den unruhigen Geistern zählt Hess auch die beiden Kölner Synagogenschänder.

... und die Vergangenheit

Schon in der "Kampfzeit" kam der Referendar Otto Hess in SA-Uniform zum Dienst auf das Reinheimer Amtsgericht, wurde später Kreisleiter der NSDAP in Darmstadt, Oberregierungsrat und Major. Gerade in Reinheim erinnert man sich daran, daß er in den Jahren vor und nach 1933 vielen Demokraten des Odenwald-Städtchens hart zusetzte, denn an diesem Ort wurde er am 19. Dezember 1908 als Sohn eines Lehrers geboren. "Der junge Hess", wie ihn die älteren Einwohner Reinheims heute noch nennen, wagte am 14. Februar 1960, an den Ort seiner Geburt, wieder seinen ersten öffentlichen Auftritt nach 1945.

Aber schon 1933 hatte Hess, lange, ehe er in den Führungstab der DRP aufrückte, wieder von sich reden gemacht. Eine überparteiliche Wählergruppe hatte an seinem Wohnsitz in Osthofen in Rheinhessen die absolute Mehrheit in der Gemeindevertretung gewonnen. Otto Hess war wieder mit von der Partie. Er und seine Freunde sorgten dafür, daß Straßen, die man nach 1945 nach Thomas Mann und dem früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Carlo Klarendorf (der zeitweilig im KZ in Osthofen saß), benannt hatte, wieder unpolitische Namen erhielten.

Ein alter Reinheimer, der Hess schon kannte, als er noch ein Kind war, und der nach 1933 dem ehemaligen Kreisleiter eine KZ-Haft zu verdanken hatte, kommentiert den Vortrag des Ersten stellvertretenden DRP-Vorsitzenden: "Er redet heute wieder so frech wie damals, als er noch die braune Uniform anhatte".

- + -

Berichtigung: Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß es in unserem gestrigen Bericht "Die Krankenkassen-Neuregelung in Zahlen" auf Seite 3 anstatt "Krankenpflege" Krankenhauspfllege und auf Seite 4 anstatt "rund 32 Mio DM Mehreinnahmen" 320 Mio DM heißen muß.